

Bekanntmachung
über das deutsch-italienische Abkommen über Amts- und Rechtshilfe in Steuerfachen.

Vom 20. Februar 1939.

Am 9. Juni 1938 ist in Rom von Vertretern des Deutschen Reichs und des Königreichs Italien ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien über Amts- und Rechtshilfe in Steuerfachen unterzeichnet worden. Das Abkommen und das zugehörige Schlussprotokoll vom gleichen Tage werden nachstehend veröffentlicht.

Das Abkommen und das Schlussprotokoll sind ratifiziert worden. Der im Artikel 19 des Abkommens vorgesehene Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 23. Januar 1939 in Berlin stattgefunden. Das Abkommen ist gemäß seinem Artikel 19 am 23. Januar 1939 in Kraft getreten.

Berlin, den 20. Februar 1939.

Der Reichsminister des Auswärtigen
von Ribbentrop

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk

*

*

*

Abkommen

zwischen dem Deutschen Reich und dem
Königreich Italien über Amts- und
Rechtshilfe in Steuerfachen

Der Deutsche Reichskanzler und Seine Majestät der König von Italien, Kaiser von Äthiopien haben, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiet der Steuern Regeln über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe aufzustellen, beschlossen, ein Abkommen abzuschließen und zu diesem Zweck zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter des Deutschen Reichs Hans Georg von Mackensen und den Ministerialdirektor Prof. Dr. Otto Hedding;

Seine Majestät der König von Italien,
Kaiser von Äthiopien:

S. E. den Grafen Galeazzo Ciano di Cortellazzo, Minister des Auswärtigen,

die, nachdem sie ihre Vollmachten geprüft und in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1

Dieses Abkommen bezieht sich auf die Steuern, die Gegenstand eines zwischen den beiden Staaten bestehenden Doppelbesteuerungsabkommens sind.

Artikel 2

Beide Staaten verpflichten sich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, in allen Steuerfachen sowohl bei der Ermittlung und Festsetzung von Steuern und Sicherheiten als auch im Rechtsmittelverfahren und in der Beitreibung einander Amts- und Rechtshilfe zu leisten.

Convenzione

tra l'Italia e la Germania sull'assistenza
amministrativa e giudiziaria in
materia tributaria

S. M. il Re d'Italia, Imperatore d'Etiopia ed il Cancelliere del Reich, nell'intento di stabilire delle norme sulla reciproca assistenza amministrativa e giudiziaria in materia tributaria, hanno convenuto di stipulare una Convenzione, nominando a tale uopo quali loro plenipotenziari:

Il Re d'Italia, Imperatore d'Etiopia:

S. E. il Conte Galeazzo Ciano di Cortellazzo, suo Ministro degli Affari Esteri.

Il Cancelliere del Reich:

S. E. l'Ambasciatore Hans Georg von Mackensen, il Direttore Ministeriale Prof. Dr. Otto Hedding,

i quali, dopo aver esaminati e riconosciuti in buona e debita forma i loro pieni poteri, hanno convenuto quanto segue:

Art. 1

La presente Convenzione si riferisce alle imposte che formino oggetto di un accordo fra i due Stati circa la doppia imposizione.

Art. 2

Ambedue gli Stati s'impegnano a prestarsi vicendevolmente, in base al principio della reciprocità, assistenza amministrativa e giudiziaria in tutte le questioni tributarie, sia nell'accertamento delle imposte e delle relative garanzie, sia nei procedimenti per impugnative e nella esazione.

Artikel 3

In Steuersachen erfolgt die Übermittlung aller Amts- und Rechtshilfesuchen in unmittelbarem Geschäftsverkehr der Finanzministerien der beiden Staaten.

Art. 3

Ogni richiesta in materia di assistenza tributaria sia amministrativa che giudiziaria è trasmessa direttamente tra i Ministeri delle Finanze dei due Stati.

Artikel 4

(1) Alle Ersuchungsschreiben nebst den beigelegten Schriftstücken werden in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt und von einer Übersetzung in der Sprache des ersuchten Staates begleitet.

(2) In dem Ersuchungsschreiben sind die ersuchende Behörde, der Name und Beruf der Beteiligten sowie, im Falle der Zustellung, die Adresse des Empfängers und die Art des zuzustellenden Schriftstücks anzugeben.

Art. 4

1. Ogni richiesta, coi documenti allegati, è redatta nella lingua nazionale dello Stato richiedente, accompagnata da una traduzione nella lingua dello Stato richiesto.

2. Nella richiesta bisogna indicare l'autorità richiedente, il nome e la professione degli interessati nonché, in caso di consegna, l'indirizzo del destinatario e la natura del documento da consegnare.

Artikel 5

(1) Für die Zustellung hat die zuständige Behörde des ersuchten Staates Sorge zu tragen. Diese Behörde kann sich, abgesehen von den im Absatz 2 vorgesehenen Fällen, darauf beschränken, die Zustellung durch Übergabe des Schriftstücks an den Empfänger zu bewirken, sofern er zur Annahme bereit ist.

(2) Auf Wunsch des ersuchenden Staates ist das zuzustellende Schriftstück in der durch die innere Gesetzgebung des ersuchten Staates für die Bewirkung gleichartiger Zustellungen vorgeschriebenen Form zuzustellen.

Art. 5

1. La consegna dovrà effettuarsi a cura dell'autorità competente dello Stato richiesto. Detta autorità, fuori dei casi previsti nel secondo comma, può limitarsi a compiere la consegna rimettendo il documento al destinatario, qualora egli sia disposto ad accettarlo.

2. A domanda dello Stato richiedente il documento dovrà essere notificato nel modo prescritto per simili notifiche dalle leggi interne dello Stato richiesto.

Artikel 6

Die Zustellung wird entweder durch ein mit Datum versehenes Empfangsbekanntnis des Empfängers oder durch ein Zeugnis der Behörde des ersuchten Staates, aus dem sich die Tatsache, die Form und die Zeit der Zustellung ergeben, nachgewiesen.

Art. 6

La consegna o notifica compiuta viene documentata o da una ricevuta datata e firmata dal destinatario, ovvero da un certificato dell'autorità dello Stato richiesto, da cui risultano il fatto, la forma ed il tempo della consegna o notifica.

Artikel 7

(1) Die für die Erledigung des Ersuchens zuständige Behörde des ersuchten Staates ist verpflichtet, dem Ersuchen zu entsprechen und dabei dieselben Zwangsmittel anzuwenden wie bei der Erledigung eines Ersuchens der Behörde des ersuchten Staates. Auch die Formen der Erledigung richten sich nach den Gesetzen des ersuchten Staates; doch ist auf Antrag der ersuchenden Behörde nach einer besonderen Form zu verfahren, sofern diese der Gesetzgebung des ersuchten Staates nicht zuwiderläuft.

(2) Die Anwendung eines im Gebiet des ersuchten Staates zulässigen Zwangsmittels ist ausgeschlossen, soweit der ersuchende Staat im Falle eines entsprechenden Ersuchens nicht in der Lage wäre, ein gleichartiges Zwangsmittel anzuwenden.

(3) Die ersuchende Behörde ist auf ihr Verlangen von der Zeit und dem Ort der auf das Ersuchen vorzunehmenden Handlung zu benachrichtigen. Die Beteiligten sind berechtigt, sich bei der Handlung nach den allgemeinen, in dem ersuchten Staat maßgebenden Vorschriften vertreten zu lassen oder ihr beizuwohnen.

Art. 7

1. L'autorità dello Stato richiesto, competente a dare esecuzione ad una domanda dello Stato richiedente, è tenuta a soddisfarla adoperando i mezzi di costrizione usati nell'esecuzione di una domanda ufficiale dello Stato richiesto. Anche per le forme dell'esecuzione si applicano le leggi dello Stato richiesto, però, su istanza dell'autorità richiedente, si deve procedere secondo una forma particolare, sempre che questa non contrasti colla legislazione dello Stato richiesto.

2. L'applicazione di un mezzo di costrizione, ammesso nel territorio dello Stato richiesto, è esclusa, se lo Stato richiedente, in caso di una domanda corrispondente, non sia in grado di applicare un mezzo analogo di costrizione.

3. L'autorità richiedente, qualora lo domandi, deve essere informata del tempo e del luogo dell'azione da compiersi in seguito alla domanda. Gli interessati sono autorizzati a farsi rappresentare nel procedimento oppure ad assistervi in conformità delle disposizioni generali vigenti nello Stato richiesto.

Artikel 8

Für die Erledigung von Amts- und Rechtshilfeersuchen werden dem anderen Staat keinerlei Gebühren oder Auslagen erstattet; ausgenommen sind vorbehaltlich anderer Übereinkunft die an Auskunfts-personen oder Sachverständige gezahlten Entschädigungen.

Artikel 9

Auf die Rechtshilfe im Beitreibungsverfahren finden die Bestimmungen dieses Abkommens Anwendung, soweit nicht in den Artikeln 10 bis 12 etwas Abweichendes angeordnet ist.

Artikel 10

(1) Unanfechtbare Verfügungen (Entscheidungen, Beschlüsse, Anordnungen) in Steuerfällen sind auf Antrag, der von der Obersten Finanzverwaltungsbehörde des einen Staates an die gleiche Behörde des anderen Staates zu richten ist, kostenfrei anzuerkennen und zu vollstrecken. Die Anerkennung muß ausdrücklich ausgesprochen werden.

(2) Die im vorstehenden Absatz bezeichneten Verfügungen werden ohne vorherige Anhörung der Parteien gemäß der Gesetzgebung des Staates vollstreckt, in dem die Vollstreckung betrieben wird.

(3) Dem Ersuchen um Vollstreckung ist eine Erklärung der zuständigen Behörde des ersuchenden Staates beizufügen, daß die Verfügung unanfechtbar geworden ist; die Zuständigkeit dieser Behörde ist durch die Oberste Finanzverwaltungsbehörde des ersuchenden Staates zu bescheinigen.

(4) Als Grundlage der Vollstreckung können an Stelle der im Absatz 1 bezeichneten Verfügungen Rückstandsausweise nach näherer Vereinbarung der Obersten Finanzverwaltungsbehörden der beiden Staaten treten.

Artikel 11

Auf Grund von vollstreckbaren Verfügungen, die noch nicht unanfechtbar geworden sind, kann gegenüber Angehörigen des ersuchenden Staates einstweilige Sicherstellung im Wege der Beschlagnahme verlangt werden. Der Betroffene ist berechtigt, die Aufhebung der Beschlagnahme durch Leistung einer Sicherheit herbeizuführen, deren Art und Höhe in dem Ersuchen bestimmt sein müssen. Artikel 10 findet entsprechende Anwendung.

Artikel 12

Dem Ersuchen um eine bestimmte Art der Vollstreckung oder Sicherstellung ist zu entsprechen, soweit diese Art der Vollstreckung oder Sicherstellung nach dem Recht des ersuchenden und des ersuchten Staates zulässig ist. Im übrigen richten sich die Art und Durchführung der Vollstreckung oder Sicherstellung nach dem Recht des ersuchten Staates.

Art. 8

Per l'esecuzione di domande per assistenza amministrativa e giudiziaria non sono rimborsati allo Stato richiesto diritti o spese, ad eccezione dei compensi dovuti a testimoni o periti, salvo contrari accordi.

Art. 9

Le disposizioni di questa Convenzione si applicano all'assistenza giudiziaria nel procedimento di esazione, in quanto non sia diversamente disposto negli articoli 10 a 12.

Art. 10

1. I provvedimenti definitivi (decisioni, sentenze, ordinanze) in materia tributaria devono essere riconosciuti ed eseguiti gratuitamente, su richiesta da indirizzare dalla suprema autorità amministrativa finanziaria dell'uno Stato alla corrispondente autorità dell'altro Stato. Il riconoscimento deve essere dichiarato espressamente.

2. I provvedimenti di cui al comma precedente saranno eseguiti senza udire preventivamente le parti, secondo la legge dello Stato in cui avviene l'esecuzione.

3. Alla domanda di esecuzione dovrà essere allegata una dichiarazione, da parte dell'autorità competente dello Stato richiedente, attestante che il provvedimento è divenuto definitivo; la competenza di detta autorità dovrà essere certificata dalla suprema autorità amministrativa finanziaria dello Stato richiedente.

4. Come titolo di esecuzione possono valere anche, in luogo dei provvedimenti di cui al comma 1 e previ particolari accordi fra le supreme Autorità amministrative finanziarie dei due Stati, i certificati delle imposte dovute.

Art. 11

In base a provvedimenti esecutivi, che non siano ancora divenuti definitivi, può essere chiesto, nei confronti di cittadini dello Stato richiedente, una garanzia provvisoria in via di sequestro. La persona colpita ha diritto a far togliere il sequestro prestando una garanzia, la cui natura ed il cui ammontare dovranno essere precisati nella relativa domanda. E' applicabile l'art. 10.

Art. 12

La domanda relativa ad una speciale modalità di esecuzione o di garanzia deve essere accolta entro i limiti consentiti per una siffatta modalità di esecuzione o di garanzia dalla legge dello Stato richiedente e di quello richiesto. Le forme e le modalità dell'esecuzione o della garanzia sono determinate dalla legge dello Stato richiesto.

Artikel 13

Art. 13

(1) Die Amts- und Rechtshilfe wird nicht gegen Angehörige des ersuchten Staates gewährt, die innerhalb des Gebietes dieses Staates ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben. Diese Bestimmung gilt nicht:

a) für die Amts- und Rechtshilfe zur Durchführung von Steueransprüchen, die gegen den Steuerpflichtigen in einem Zeitpunkt begründet waren, zu dem er die Staatsangehörigkeit des ersuchenden Staates besaß oder zu dem er den Wohnsitz, den dauernden Aufenthalt oder eine Betriebsstätte in diesem Staat hatte, und

b) ferner nicht für die Amts- und Rechtshilfe zur Durchführung von Steueransprüchen in Fällen, in denen die aus den inneren Vorschriften der beiden Staaten sich ergebende Doppelbesteuerung auf Grund eines Abkommens zwischen den beiden Staaten über Doppelbesteuerung beseitigt oder gemildert ist.

(2) Die Amts- und Rechtshilfe kann abgelehnt werden, wenn der Staat, der um die Hilfeleistung ersucht ist, sie für geeignet hält, seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit zu gefährden.

(3) Ersuchen, auf Grund deren im Gebiet des ersuchten Staates zulässige Auskünfte, Anzeigen oder Gutachten von Personen, die nicht als Steuerpflichtige beteiligt sind, eingezogen werden sollen, können abgelehnt werden, soweit der ersuchende Staat nach seiner eigenen Gesetzgebung nicht in der Lage ist, entsprechende Auskünfte, Anzeigen oder Gutachten zu verlangen. Das gleiche gilt für Ersuchen, die auf Mitteilung tatsächlicher Verhältnisse oder rechtlicher Beziehungen gerichtet sind, sofern die Kenntnis dieser Verhältnisse oder Beziehungen nur auf Grund von Auskunftsgewinnung, Anzeige- oder Gutachterpflichten gewonnen ist, die in dem Gebiet des ersuchenden Staates nicht bestehen, sowie für Ersuchen aller Art, soweit ihnen nur unter Verletzung eines Geschäfts-, Betriebs- oder Gewerbegeheimnisses genügt werden könnte.

Artikel 14

Art. 14

(1) Wird dem Ersuchen ganz oder teilweise entsprochen, so ist die ersuchende Behörde über die Art der Erledigung unverzüglich zu unterrichten.

(2) Soweit dem Ersuchen nicht entsprochen wird, ist die ersuchende Behörde hiervon unter Angabe der Gründe und der sonst bekanntgewordenen Umstände, die für die Weiterführung der Sache von Bedeutung sind, unverzüglich zu benachrichtigen.

Artikel 15

Art. 15

Auf die Anfragen, Auskünfte, Anzeigen und Gutachten sowie auf sonstige Mitteilungen, die im Wege der Amts- und Rechtshilfe einem Staat zugehen, finden die gesetzlichen Vorschriften dieses Staates über die Amtsverschwiegenheit und Geheimhaltung Anwendung.

1. L'assistenza amministrativa e giudiziaria non viene concessa contro cittadini dello Stato richiesto che abbiano domicilio, residenza o stabile dimora (dauernden Aufenthalt) entro il territorio di questo Stato. Detta disposizione non vale:

a) per l'assistenza amministrativa e giudiziaria nell'esecuzione di pretese di imposte, giustificate rispetto al contribuente per un tempo in cui possedeva la nazionalità dello Stato richiedente o in cui aveva il domicilio, la residenza o la stabile dimora (dauernden Aufenthalt) o svolgeva la propria attività in tale Stato;

b) inoltre per l'assistenza amministrativa e giudiziaria nell'esecuzione di pretese di imposte in casi in cui la doppia imposizione — che risulterebbe dalle disposizioni interne dei due Stati — è stata evitata o mitigata da un accordo fra i due Paesi circa la doppia imposizione.

2. L'assistenza amministrativa e giudiziaria può essere negata, qualora lo Stato richiesto la ritenga atta a pregiudicare i suoi diritti di sovranità o la sua sicurezza.

3. Le domande in base alle quali dovrebbero essere raccolte nel territorio dello Stato richiesto informazioni, denunce o perizie in quanto possono essere domandate a persone non interessate come contribuenti, possono essere negate nella misura in cui lo Stato richiedente, a tenore della propria legislazione, non fosse in grado di raccogliere corrispondenti informazioni, denunce o perizie. Lo stesso dicasi per le domande che mirano alla comunicazione di fatti o di rapporti giuridici, qualora la conoscenza di tali fatti o rapporti sia acquistata soltanto in base ad obblighi di informazioni, denunce o perizie non esistenti nello Stato richiedente, come pure per domande di ogni genere, inquantochè possano essere soddisfatte soltanto mediante violazione del segreto commerciale, industriale o professionale.

1. Se la domanda è accolta integralmente o in parte, l'autorità richiedente dovrà senza indugio essere informata del modo in cui le verrà dato corso.

2. Se la domanda non è accolta, l'autorità richiedente dovrà esserne immediatamente avvertita con l'indicazione dei motivi e delle altre circostanze note, che abbiano interesse per l'ulteriore esecuzione della domanda.

Alle domande, informazioni, denunce e perizie ed alle altre comunicazioni, che vengano in possesso di uno Stato nel corso dell'assistenza amministrativa e giudiziaria, si applicano le prescrizioni di legge vigenti in questo Stato sul segreto d'ufficio.

Artikel 16

(1) Die von den für Steuerfachen zuständigen Gerichtsbehörden des einen Staates aufgenommenen, ausgestellt oder beglaubigten Urkunden bedürfen, wenn sie mit dem Siegel oder Stempel der Gerichtsbehörde versehen sind, zum Gebrauch im Gebiet des anderen Staates in Steuerfachen keiner Beglaubigung (Legalisation).

(2) Zu den bezeichneten Urkunden gehören auch die von dem Gerichtsschreiber oder von einer sonst zuständigen Person unterschriebenen Urkunden, sofern diese Unterschrift nach den Gesetzen des Staates genügt, dem die Gerichtsbehörde angehört.

Artikel 17

(1) Urkunden, die von der Obersten oder einer höheren Finanzverwaltungsbehörde des einen der beiden Staaten aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt und mit dem Siegel oder Stempel der Behörde versehen sind, bedürfen zum Gebrauch im Gebiet des anderen Staates in Steuerfachen keiner Beglaubigung (Legalisation).

(2) Die beiden Staaten werden die in Betracht kommenden Behörden in einem Verzeichnis bekanntgeben, das im beiderseitigen Einverständnis jederzeit auf dem Verwaltungswege geändert oder ergänzt werden kann.

Artikel 18

Die Obersten Finanzverwaltungsbehörden der beiden Staaten können unmittelbare Vereinbarungen zur Durchführung dieses Abkommens treffen. Sie können insbesondere Bestimmungen über die Behandlung von Geldleistungen anderer Art auf steuerlichem Gebiet sowie über die Umrechnung und die Abführung der beizutreibenden Beträge vereinbaren.

Artikel 19

Dieses Abkommen, ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und italienischer Sprache, soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen baldmöglichst in Berlin ausgetauscht werden. Es tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und soll so lange in Geltung bleiben, als es nicht von einem der vertragschließenden Staaten spätestens drei Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres gekündigt wird. Im Falle rechtzeitiger Kündigung verliert das Abkommen mit dem Ablauf dieses Kalenderjahres die Wirksamkeit.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten beider Staaten dieses Abkommen unterfertigt.

Geschehen in Rom, am 9. Juni 1938.

Hans Georg v. Mackensen
Otto Hedding

Ciano

Ciano

Hans Georg v. Mackensen
Otto Hedding

Art. 16

1. Gli atti compilati, rilasciati ovvero autenticati da organi giurisdizionali competenti in materia di finanza di uno degli Stati, se portano il sigillo o timbro dei detti organi, sono validi nel territorio dell'altro Stato in materia tributaria senza ulteriore legalizzazione.

2. Agli atti suddetti appartengono anche quelli firmati dal cancelliere dell'organo giudiziario o da altra persona competente, se tale firma è sufficiente secondo le leggi dello Stato cui appartiene l'organo giurisdizionale.

Art. 17

1. Gli atti redatti, rilasciati ovvero autenticati dalla suprema o da una superiore autorità amministrativa di finanza di uno dei due Stati e muniti del sigillo o del timbro di detta autorità, non hanno bisogno di legalizzazione in materia tributaria nel territorio dell'altro Stato.

2. I due Stati si comunicheranno le relative autorità con un elenco, che di comune accordo potrà essere modificato o completato in ogni tempo in via amministrativa.

Art. 18

Le supreme autorità amministrative finanziarie dei due Stati possono stipulare degli accordi diretti per l'applicazione della presente Convenzione. In particolare esse possono concordare le disposizioni sul trattamento di prestazioni accessorie in denaro nel campo tributario nonché sul conteggio e la rimessa delle somme da incassare.

Art. 19

La presente Convenzione, redatta in doppio originale in lingua italiana e tedesca, sarà ratificata e le ratifiche dovranno essere quanto prima scambiate a Berlino. Essa entra in vigore dal giorno dello scambio delle ratifiche e resterà in vigore finchè non verrà disdetta da una delle Parti contraenti al più tardi tre mesi prima della fine d'un anno solare. Nel caso di disdetta tempestiva la Convenzione perde la validità col decorso di quest'anno solare.

In fede di che, i Plenipotenziari dei due Stati hanno firmato la presente Convenzione.

Fatto a Roma, in 9 giugno 1938-XVI.

Schlußprotokoll

Bei der Unterzeichnung des am heutigen Tage zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien abgeschlossenen Abkommens über Amts- und Rechtshilfe in Steuerfachen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgende übereinstimmende Erklärungen abgegeben, welche einen integrierenden Teil des Abkommens selbst bilden sollen:

1. Auf dem Gebiet der Beitreibung gilt die Gegenseitigkeit als gegeben. Im übrigen gilt die eine Voraussetzung für die Erledigung der Amts- und Rechtshilfeersuchen bildende Gegenseitigkeit als vorliegend, wenn dem einzelnen Amts- und Rechtshilfeersuchen eine Erklärung der für die Übermittlung des Ersuchens zuständigen Behörde beigelegt ist, in der amtlich festgestellt wird, daß einem entsprechenden Ersuchen nach dem Recht des ersuchenden Staates genügt werden wird.
2. Vorbehaltlich abweichender Vereinbarungen sind die bei Durchführung des Abkommens anzufertigenden Übersetzungen zu beglaubigen, und zwar durch die ersuchende oder die für die Übermittlung des Ersuchens zuständige Behörde oder durch einen vereidigten oder öffentlich bestellten Dolmetscher des ersuchenden oder des ersuchten Staates.
3. Eine Übersendung von Akten kann grundsätzlich nicht gefordert werden. Ausnahmen bedürfen des Einvernehmens der beiden Obersten Finanzverwaltungsbehörden; das Ersuchen um Übermittlung von Akten soll indessen nur gestellt werden, wenn dringende Interessen des ersuchenden Staates es erheischen. Unberührt bleibt die Befugnis jedes Staates, seinen Ersuchen eigene Akten beigegeben, die der Durchführung der Ersuchen dienen sollen.
4. Steht fest, daß die Vollstreckung keinen Erfolg haben wird, so wird das Ersuchen unter Beifügung einer Bescheinigung hierüber an die ersuchende Behörde zurückgeleitet.
5. Die beizutreibenden Steuerforderungen gelten in dem ersuchten Staat nicht als bevorrechtigt.
6. Ersuchen um Vollstreckung sollen nur gestellt werden, insofern feststeht, daß Beitreibungsmöglichkeiten im ersuchenden Staat nicht bestehen.
7. Das Abkommen findet keine Anwendung auf Arrestanordnungen vor Erlass von Steuerbescheiden.

Protocollo finale

Nell'atto di firmare la Convenzione sull'assistenza amministrativa e giudiziaria in materia tributaria, stipulata in data odierna tra l'Italia e la Germania, i sottoscritti Plenipotenziari hanno fatto le seguenti concordi dichiarazioni, le quali formano parte integrante della Convenzione stessa:

- 1° Nel campo dell'esazione la reciprocità è presunta. Per il resto la reciprocità formante un presupposto per l'esecuzione di domande di assistenza amministrativa o giudiziaria è considerata sussistente quando alla singola domanda di assistenza amministrativa o giudiziaria è acclusa una dichiarazione dell'autorità competente per l'inoltro della domanda, in cui viene ufficialmente confermato che ad un'analogha domanda sarà dato seguito secondo il diritto dello Stato richiedente.
- 2° Salvo accordi diversi, le traduzioni da eseguirsi in applicazione della Convenzione debbono essere certificate conformi da parte dell'autorità richiedente o dall'autorità competente per l'inoltro della domanda o da parte di un traduttore giurato o ufficiale dello Stato richiedente o richiesto.
- 3° In massima non può essere chiesta la trasmissione di incartamenti (fascicoli di atti). Eccezionalmente la trasmissione può essere fatta col consenso di ambedue le supreme autorità dell'amministrazione finanziaria; però la domanda di trasmissione di incartamenti non sarà fatta a meno che urgenti interessi dello Stato richiedente l'impongano. Resta impregiudicata la facoltà di ogni Stato di allegare alle sue domande incartamenti propri, utili all'esecuzione della domanda stessa.
- 4° Se consta che l'esecuzione riuscirebbe infruttuosa, la domanda corredata dal relativo attestato, è restituita all'autorità richiedente.
- 5° I crediti per imposte da esigersi non sono considerati privilegiati nello Stato richiesto.
- 6° Le domande concernenti l'esecuzione debbono essere presentate solamente quando consti che non esistono possibilità di esazione nello Stato richiedente.
- 7° La Convenzione non trova applicazione per sequestri conservativi o per provvedimenti di garanzia relativi ad imposte non ancora accertate.

8. Die Amts- und Rechtshilfe, welche in diesem Abkommen vereinbart ist, wird nicht zur Durchführung von Ansprüchen gewährt, die sich auf die Zeit vor dem 1. Januar des Jahres beziehen, das dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens vorangeht.
9. Zweifel oder Schwierigkeiten bei der Auslegung und Anwendung dieses Abkommens werden im Einvernehmen zwischen den Obersten Finanzverwaltungsbehörden der beiden Staaten geklärt werden.
- 8° L'assistenza amministrativa e giudiziaria prevista nella presente Convenzione non è concessa per le imposte relative al periodo anteriore al 1° gennaio dell'anno che precede quello dell'entrata in vigore della presente Convenzione.
- 9° I dubbi o le difficoltà sorgenti nell'interpretazione e nell'applicazione della presente Convenzione saranno chiariti d'intesa fra le supreme autorità amministrative di finanza dei due Stati.

Rom, den 9. Juni 1938.

Roma, 9 giugno 1938-XVI.

Hans Georg v. Mackensen
Otto Hedding

Ciano

Ciano

Hans Georg v. Mackensen
Otto Hedding

Einbanddecken

für Reichsgesetzblatt 1938 Teil I, 1. und 2. Halbjahr,
für Reichsgesetzblatt 1938 Teil II

können beim Reichsverlagsamt, Berlin NW 40, Scharnhorststraße 4, Postscheckkonto Berlin 962 00, bestellt werden.

Preis jeder Einbanddecke 1,45 R.M. einschl. Verpackung, aber ausschl. Postgebühren (bei Voreinsendung für 1 bis 4 Stück 40 Pf.). Der Preis für beide Decken des Teiles I zusammen beträgt 2,75 R.M. Bei Abnahme von wenigstens 30 Stück ermäßigt sich der Preis um 10 v. H.

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —.

Fortlaufender Bezug nur durch die Postanstalten. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I = 2,70 R.M., für Teil II = 2,30 R.M. Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom Reichsverlagsamt, Berlin NW 40, Scharnhorststraße Nr. 4 (Fernsprecher: 42 92 65 — Postscheckkonto: Berlin 962 00). Einzelnummern werden nach dem Umfang berechnet. Preis für den achtsseitigen Bogen 15 Pf., aus abgelaufenen Jahrgängen 10 Pf., ausschließlich der Postdruckfachengebühr.

Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.